- BUND-Kreisgruppe Hagen
- BUND-Wahlprüfsteine
- Wahlprüfstein 7: Landschaftsverbrauch

Wie stehen Sie zur Ausweisung neuer Gebiete für Gewerbe und Wohnen? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass für jede neu versiegelte Fläche eine entsprechende Größe entsiegelt wird?

Die Parteien sind in der Reihenfolge ihres Kommunalwahlergebnisses von 2014 aufgeführt	
SPD	Es wird nicht möglich sein, unsere Stadt, ohne die Ausweisung neuer Bebauungsgebiete in der Bauleitplanung weiter zu entwickeln. Dabei muss aber die Wiedernutzung von Brachflächen vorrangig angegangen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Register angelegt wird, aus dem der neu versiegelte Flächenbereich erkennbar und der entsiegelten Fläche gegenübergestellt wird.
CDU	Der Primat der CDU-Fraktion liegt beim konsequenten Flächenrecycling – ob beim Wohn- oder Gewerbebau. Wohnungsneubauten planen wir zentrumsnah entlang bereits vorhandener Infrastruktur, neue Gewerbeflächen wollen wir in der Nähe von Autobahnzubringern schaffen. Das schont Natur und Menschen, ist nachhaltig und wirtschaftlich zugleich. Da wir ohne neue Flächen nicht auskommen, wollen wir ökologische Wertverluste durch Aufwertungen an anderer Stelle ausgleichen (Stichwort: Ökokonto).
Bündnis90/Grüne	Hagen braucht, was die künftige Ausweisung neuer Bauflächen angeht, einen gesamtstädtischen Konsens. Die Grünen fordern künftig weder gewerbliche noch Wohnbauflächen im Freiraum auszuweisen. Vereinfachte Bebauungsplanverfahren lehnen wir grundsätzlich ab. Neue Verfahren müssen immer auch Ausgleich und Ersatz für versiegelte Flächen beinhalten. Gewerbliche Baugebiete, auch im Bestand, sollten intensiver, z.B. durch mehrgeschossige Bauweise, genutzt werden. Der Wohnungsbau soll vor allem in den gewachsenen Stadtteilen durch den behutsamen Austausch alter Bausubstanz erfolgen.
Hagen Aktiv	So weit es geht, ist eine zusätzliche Versiegelung von Flächen zu vermeiden. Der richtige Weg wäre, industrielle Brachflächen zu entsiegeln und auch für Wohnen zu reaktivieren.
Linke	Für DIE Linke steht fest, dass, bevor neue Industriegebiete oder Baugebiete ausgewiesen werden können, erst einmal den bestehenden Brachflächen für eine gewerbliche Bebauung genutzt wird. Es sollte mehr über eine Verdichtung der Bebauung u. a. im Innenstadtbereich nachgedacht werden. Wie andere Großstädte erfolgreich bewiesen haben ist es erforderlich, auch neue Wege, wie z. B. das Aufsetzen von Wohnungen auf bestehende Discounter oder die Überdachung von Parkplätzen, zu beschreiten.
AFD	Da stößt man leider auf Grenzen. Wirtschaftswachstum ist für die AfD kein Teufelswerk. Erhalt der Landschaft ist für uns aber auch wichtig. Und so wird man bei jeder neuen Maßnahme ringen und abwägen müssen. Zweifelsohne fehlt es in Hagen an Gewerbeflächen. Zwar gibt es viele Brachen, diese sind aber parzelliert oder kontaminiert. Umweltschutz kostet in der Regel viel Geld, wenn die öffentliche Hand

	im Spiel ist. Dieses Geld muss erwirtschaftet werden. Wie also in vielen Bereichen ist hier immer der Kompromiss die Lösung. Eine Verhinderung neuer Gewerbeflächen lehnt die AfD aber ab.
FDP	Die Erschließung neuer Gewerbegebiete steht für uns momentan nicht auf der Agenda, da zunächst bestehende Flächen vermarktet werden müssen. Für den Bereich Wohnen werden aus unserer Sicht jedoch zwingend weitere Flächen benötigt, beispielsweise für den Bau von Einfamilienhäusern und anderen modernen Wohngebäuden. Hier sehen wir die Notwendigkeit, in den nächsten Jahren neue Flächen auszuweisen. Die gleichzeitige Entsiegelung anderer Flächen sollte wo möglich als Ausgleich vorgenommen werden. Dies kann z.B. im Rahmen des Rückbaus von nicht mehr zeitgemäßen Wohnangeboten geschehen.
BFHo/Piraten	Die Revitalisierung von Brachflächen hat Vorrang vor der Erschließung unbebauter Gebiete. So sind wir strikt gegen ein Gewerbegebiet Böhfeld. Leider wurde in Hagen zu oft der Wirtschaft freies Handeln ermöglicht. Verwaiste, kontaminierte Industrieflächen wie Nahmertal oder Dolomitwerke können nur mit gigantischem finanziellen Aufwand revitalisiert werden; den Verursachern wurde erlaubt, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Dies muss ein Ende haben. Zur zweiten Frage: Dies ist zwar wünschenswert, oft aber unmöglich, weil kein Zugriff auf solch große Flächen besteht.